

Illegaler Zeltlager-Krawall: Behörden üben Selbstkritik und räumen auf

Behörden ziehen Bilanz nach dem illegalen „Rainbow Gathering“ im Harz: Kritik an Müllbergen und Presseinterferenz.

Im Harz hat das diesjährige „Rainbow Gathering 2024“ massive Spannungen zwischen Behörden und einer Gruppe von Hippies und Freigeistern ausgelöst. Seit dem 21. August zieht das Camp seine Nachwirkungen mit sich. Ungefähr 1.500 Teilnehmer hatten sich im Landschaftsschutzgebiet zwischen Bad Grund und Buntenbock versammelt, um drei Wochen lang ihre Gemeinschaftsvision auszuleben. Doch diese friedliche Intention führte zu rechtlichen Problemen und Umweltschäden, die die Behörden zum Handeln zwangen.

Die Region war für viele eine Zuflucht, um ihre Freiheit und Lebensart zu feiern, allerdings kam das Camp den Behörden als illegal vor. Zelte und Feuerstellen verletzt nicht nur die Bestimmungen des Landschaftsschutzes, sondern die Teilnehmer der Rainbow-Family haben auch Rettungswege blockiert. Solche Verstöße führten dazu, dass die Landkreise Göttingen und Goslar ein Betretungs- und Aufenthaltsverbot für das rund 200 Hektar große Gelände aussprachen. Die Antwort der Behörden war ein massiver Einsatz, der Hunderte von Polizisten und Feuerwehrleuten mobilisierte, um die Lage unter Kontrolle zu bekommen.

Quellen des Ärgers und Selbstkritik der Behörden

Die Kontrolleure sprachen von der Konfiszierung von 70 Zelten und rund 97 Fahrzeugen. Auch mehrere Feuer mussten gelöscht werden, was auf die gefährlichen Zustände in dem Camp hinweist. Die Reihenfolge der Ereignisse und die unnachgiebige Haltung der „Rainbow Family“ haben die Verantwortlichen in den Landkreisen dazu gebracht, sich der eigenen Fehler bewusst zu werden. Alexander Saipa, Oberkreisdirektor in Goslar, äußerte seinen Unmut über das Verhalten der Camper und beschrieb es als „flegelhaft und fahrlässig“. Trotz des verbalen Ausdrucks des Ärgers gab es keine Optionen für die Räumung des Geländes, da dies eine unverhältnismäßige Maßnahme gewesen wäre.

Der Umweltaspekt ist nicht weniger besorgniserregend, da die Behörden von „massivem Müll“ und der Hinterlassenschaft von Notdurft in der Natur berichteten. Dies führte zu Bedenken hinsichtlich der Sicherheit im Wald. Saipa äußerte sogar Zweifel daran, dass die angekündigten Aufräumaktionen tatsächlich erfolgreich sein würden. Die Behörden haben inzwischen 110 Bußgeldverfahren gegen anwesende Camper eingeleitet.

Die Berichterstattung über das Ereignis wurde jedoch durch die strengen Maßnahmen der Behörden erheblich behindert. Der Landkreis Göttingen erließ ein Verbot für Journalisten, das Camp zu betreten. Dies führte zu einer massiven Kritik durch den Deutschen Journalisten-Verband (DJV) in Niedersachsen, der die Schwächen bei der Wahrung der Pressefreiheit anprangerte.

Einblick in die Berichterstattung und deren Einschränkungen

Ein Reporter berichtete über sein Erlebnis, dass ihm der Zugang zum Camp verweigert wurde, während er an sekundäre Polizeikräfte verwiesen wurde, die seine Personalien aufnahmen. Die drohenden Strafen für Bildmaterial aus der Sperrzone schüchterten Fotografen ein. Ihnen wurde eine Geldstrafe von bis zu 5.000 Euro angedroht, falls sie ihre Aufnahmen publik machten. Stattdessen erhielten die Medien Fotos, die von einem

Fotografen im Auftrag der Behörden erstellt wurden, was die Frage nach der unabhängigen Berichterstattung aufwirft.

Da die Behörden Simulation von Transparenz betonen, deutet die Selbstkritik von Saipa und Marlies Dornieden, der Göttinger Kreisrätin, darauf hin, dass sie die Informationslage nicht richtig eingeschätzt haben. Ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit lässt darauf schließen, dass eine offenere Kommunikation wünschenswert wäre. Die Probleme rund um das „Rainbow Gathering“ haben nicht nur negative Sichtweisen auf das Event hervorgerufen, sondern werfen auch einen Schatten auf die kommunalen Ansätze im Umgang mit solchen Versammlungen in Zukunft.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de